Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 18 (1924)
Heft: 6-7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

vom Hin- und Herschwanken der Zeitwogen unabhängig ist. Kants wie Pestalozzis Werk stehen über Revolution und Reaktion. Gewisse Dinge sind ewig gut und recht. Besonders alle, die mit der Liebe zusammenhängen.

Aber wir dürfen auch ganz sicher sein, dass das, was in einer Revolution (heisse diese auch „Reformation", „Erweckung" oder sonstwie) an Wahrheit erschienen ist, durch keine Reaktion wieder dauernd verschlungen werden kann. Es kommt wieder, rascher oder langsamer, meistens zwar anders, aber doch oft auch grossartiger, als seine ersten Verkündiger und Vorkämpfer es gemeint. So ist es mit der Reformation, so mit der französischen Revolution gegangen — trotz allem und allem! So wird es wieder gehen. Stoss für Stoss wird das Neue kommen und eines Tages sich wieder in einer grossen Synthese als neuer Gesamtstoss auswirken. Schon sehen wir auf der Oberfläche grosse Vorstösse des Neuen; in der Tiefe aber ist viel mehr und viel Grösseres gerüstet, das vielleicht Reaktionszeit braucht, um wachsen zu können. Es bleibt, trotz allem, ja erst recht grosse und grösste Zeit.

* * *

Ich wiederhole zum Schluss die Bemerkung, die ich schon oft zu ähnlichen Betrachtungen gemacht: es ist nicht meine Meinung, dass ich mit diesen Erörterungen den Sinn und die Erscheinungsform dieser Tatsache, die uns in der heutigen Reaktion entgegentritt, erschöpft oder völlig richtig charakterisiert habe. Aber ich hoffe, damit zu einer einheitlicheren, grosszügigeren, tieferen Betrachtung und Behandlung auch dieser schweren Tatsache angeregt zu haben. Ich weiss auch gut, dass diese Erörterungen sich sozusagen auf einem mehr menschlichen Boden bewegen und dass es noch andere Perspektiven gibt, eschatologische, apokalyptische, dass man noch auf grössere Höhen steigen kann, um die Dinge zu sehen. Auch diese letzte und höchste Art soll uns nicht fehlen. Ich meine aber, dass die vorstehenden Erörterungen sie nicht verbaut, sondern eher geöffnet haben sollten. Und ich hoffe auf alle Fälle, damit Mut und Glauben zu Arbeit und Kampf gestärkt zu haben.

13. Juni. L. Ragaz.

Rundschau

Weltpolitische Gefahren. Während im Westen Europas die weltpolitischen Wetterwolken sich verteilen (freilich mit Vorbehalt dessen, was sich vielleicht in Deutschland vorbereitet), ziehen sie sich im Osten neuerdings zusammen. Es scheint vieles auf einen kriegerischen Zusammenstoss zwischen Russland einerseits und Polen und Rumänien anderseits wegen der bessara-

bischen Frage hinzuweisen, und zwar so, dass eher Polen und Rumänien als die Angreifer erscheinen. Denn es hat eine besondere Presskampagne gegen Soviet-Russland eingesetzt. Es werden kriegerische Reden Trotzkis erlogen und anderes mehr von dieser Art. Dass ich kein Freund der Bolschewisten bin, wissen hoffentlich die Leser der „Neuen Wege", aber Lüge ist Lüge, auch wenn sie gegen Menschen und Richtungen geht, die uns nicht gefallen. Man bedenke: wenn im Osten ein solcher Kriegsbrand ausbräche, wer bürgte uns dafür, dass nicht wieder die ganze Welt in Flammen geriete? Neben Polen und Rumänien sind ja die baltischen Staaten und die kleine Entente an dieser Sache beteiligt, dazu Grosstaaten wie Frankreich, Japan und China, und es ist auch sicher, dass Mussolini und Kemal Pascha nicht ruhig dabei stehen würden. Aber dann würden alle andern irgendwie mit in den Höllenbrand hineingezogen.

Was können wir gegen eine so schwere und stets wieder neu auftauchende Gefahr tun?

Wir können sie sehen, uns klar machen, was sie bedeutet, und wenn wir Glauben haben, dann haben wir auch starke Mittel zum Kampf dagegen.

Daneben können wir uns sagen: Wenn Soviet-Russland wirklich Bessarabien unbedingt haben wollte, dann wegen Konstantinopel, das heisst wegen dem freien Zugang zum Mittelländischen Meer. Da entsteht nun die Frage: Sollte es wirklich nicht möglich sein, diesen Zugang Russland auf andere Weise zu verschaffen? Und sollte nicht Konstantinopel, nachdem es nicht mehr Sitz des Sultans und Kalifen ist, endlich internationalisiert werden können? Wäre das nicht eine grosse und dringliche Aufgabe für den Völkerbund? Wer hilft, sie zu einem solchen zu machen? Ich weiss natürlich ganz genau, dass der Völkerbund noch schwach ist und dass die Proklamierung einer solchen Aufgabe noch nicht ihre Lösung bedeutet; doch glaube ich, dass es schon eine grosse Entspannung bewirken würde, wenn sie nur einmal Gegenstand ernsthafter Aussprache wäre. Und sie dazu zu machen, sollte nicht unmöglich, ja nicht einmal allzu schwer sein. Wenn Macdonald und Herriot ein Jahr im Amte bleiben, mag das auch dran kommen. Aber es ist auch ohne sie möglich.

Die Zeitungen freilich haben anderes zu tun. Sie müssen alle Hetz- und Lügenmeldungen bringen und den Teufel des neuen Weltkrieges an die Wand malen. Das interessiert ja die Leser mehr als die Wahrheit, die oft ganz trocken und langweilig ist. Der Glaube an das Böse, an dem wir ersticken und verderben, hat ja sein Hauptorgan an der heutigen Zeitung („Frommer Mann, nimm dichs nicht an!"[1])

Das sieht man auch, wenn man sich nach der andern Seite wendet, weit gegen Westen hin. Schwere Wetterwolken sind auch über dem pazifischen Ozean wieder aufgestiegen. Es ist uns eine schmerzliche Ueberraschung, dass das amerikanische Parlament Japan durch das Verbot japanischer Einwanderung brüskiert hat. Es scheint ein Geist des brutalen Selbstgefühls den durch diese Kongressmänner vertretenen Teil des amerikanischen Volkes zu beherrschen. Die Sache ist um so beschämender, als, wie man

[1]) Inzwischen hat eine dunkle Macht (ist es der „Zufall" oder ein bolschewistischer Anschlag?) als vorläufige Friedestifterin gewirkt. In Cotroceni unweit Bukarest ist ein riesiges Munitionsdepot in die Luft geflogen, das 40 Millionen Infanteriegeschosse und 96,000 Granaten enthalten haben soll. Es ist nicht das erste Ereignis dieser Art aus den letzten Jahren. Pierre Ramus redet in „Erkenntnis und Befreiung" davon als der „Posaune des Dynamits" und meint, es sei damit der Weg gezeigt, der zur Ueberwindung des Krieges führe: Zerstörung der Kriegsmaterialien.

immer wieder erfährt, in Japan eine dem alten kriegerischen Geist entgegengesetzte Strömung stetsfort an Macht gewinnt.

Dieses Erlebnis gehört (wie die durch demagogische Motive veranlasste Zubilligung eines „Bonus", das heisst einer Gratifikation für alle amerikanischen Kriegsteilnehmer) zu einer jener Enttäuschungen, die Amerika denen bereitet, die von ihm Gutes für den Frieden der Welt erwarten. Aber auf der andern Seite ist es doch auch wieder eine Bestätigung dessen, was im letzten Heft von den guten Kräften des amerikanischen Protestantismus berichtet ist, wenn man erfährt, dass der fünfzig Millionen Amerikaner (den Kern der amerikanischen Bevölkerung) vertretende „Kirchenbund" („Federal Council of Churches") durch den Mund seines Präsidenten Macfarland gegen diesen Beschluss des Kongresses Protest eingelegt hat.[1])

Wie stark in den Vereinigten Staaten auch die antimilitaristische Bewegung vertreten ist, beweist u. a. folgende Stelle aus dem „Register" (vom 29. Mai), dem sehr ernst zu nehmenden „gemässigten" Organ der Unitaner: „Es ist in unserm Lande eine furchtbare Reaktion gegen den Krieg und gegen die offizielle Politik unseres Militärdepartementes im Werden. Das ist sehr gut. Wir denken, jeder einsichtige religiöse Mensch sympathisiert von Herzen mit jeder Bewegung, die gegen die gottlose Furcht- und Gewalt-Psychologie kämpft!"

Davon erzählen natürlich unsere Zeitungen nichts. Sie malen nur wieder den Teufel an die Wand, reden vom notwendigen Krieg zwischen Amerika und Japan und so fort. Und doch müssen wir bedenken, dass in Amerika wie in Japan, und dort doch wohl noch mehr als hier, ganz gewaltige Kräfte vorhanden sind, die sich ganz sicher mit höchster Kraft und Leidenschaft gegen einen solchen Krieg wenden würden. Gewiss ist die Gefahr vorhanden und soll bedacht werden, aber es ist eine Sünde, sie durch den Glauben an den Teufel noch zu vermehren, statt durch einen andern Glauben die Dämonen zu bannen.

Wir wollen jedenfalls das Zweite zu tun suchen. Auch gegenüber dem Dunklen, was sich in Deutschland zusammenballt, wo der Nationalismus und die Vorbereitung zum Rachekrieg vergiftend bis in die Seelen der Kinder dringen. Auch das soll nicht gelingen!

Dass endlich Mussolini eine grosse Weltgefahr bedeutet, bleibt meine Ueberzeugung. Ich glaube, dass Freunde, die von seinem Geist und Temperament sich für ihn einnehmen lassen, einer Täuschung unterliegen. Er hat durch seine Gewaltmethoden sich mit einem Dämon verbündet, der stärker ist als er. Gewiss ist er an der Ermordung Mateottis direkt unschuldig, aber ist diese Tat aus einem andern Geist entsprungen, als die Ermordung der Frauen und Kinder von Korfu, die auf seinen Befehl geschah? Und er ist dem Dämon des italienischen Imperialismus verschrieben. Seine kluge, scheinbar gemässigte Politik ist bloss das Warten des Raubtiers auf den Augenblick des Sprunges. Er sät Unheil, wo er kann, und eines Tages wird seine Stunde da sein. Vielleicht auch beschleunigt er sie, wenn er spürt, dass sein Reich wankt. Und es wankt schon jetzt. Armer Mann! Aber wer an den Weltgeschicken im Namen des Guten mitträgt, muss, scheint mir, an diese Gefahr denken.

---

[1]) Es geht dabei dem Kirchenbund und seinem Sekretär wie uns andern: sie müssen sich vorwerfen lassen, sich in die Politik einzumischen, statt „das Evangelium zu predigen", das heisst, dort wie bei uns: den Leuten zu Krieg und Ausbeutung ein gutes Gewissen zu machen und den Werktagsdienst des Teufels durch den Sonntagsdienst Gottes zu maskieren. Macfarland hat aber unerschrocken geantwortet und hat in Amerika ohne Zweifel alle Ernsthafterern auf seiner Seite.

Dass darum Macdonald, dessen Regierung so schwer zu kämpfen hat, und auch Herriot, der wohl noch stärker bedroht ist, getragen werden von den fürbittenden Gedanken aller derer, die das Gute der Welt wollen!

Das grösste Volk der Geschichte. In einem Artikel im „Daily Herald" (London, 15. März) erhebt George Lansbury, Parlamentsmitglied der Arbeiterpartei, starken Einspruch denjenigen gegenüber, die die Arbeiter-Regierung drängen, sich im Ausbau der Luftschiff-Flotte hervorzutun; er enthüllt den Trugschluss, dass Frieden je durch Krieg errungen werden könne; er stellt die Barbarei und die sittliche Erniedrigung bloss, die in der Anfertigung und Verwendung von Zerstörungswaffen liegen und schliesst mit einem seiner charakteristisch prägnanten Vorschläge: „Bis jetzt hat noch keine Nation bewiesen, dass sie willens ist, auf Kriegsrüstung zu verzichten. Ich glaube bestimmt, wenn unser Land das täte und zugleich verzichtete auf jedes ausschliessliche Recht, andere Teile der Welt zu besitzen oder zu beherrschen, dann würden andere Nationen unserem Beispiel folgen. Irgend ein Volk muss den Anfang machen, und dasjenige, das durch Niederwerfung seiner Waffen die Welt wirklich zuerst auf den Friedensweg leitet... wird sicherlich das grösste Volk werden, das die Welt je gekannt hat." Am Montag, 17. März, wurde zum ersten Male in der Geschichte die Frage ernstlich im Unterhaus erörtert, ob Grossbritannien überhaupt eine Armee haben solle. Mit 347 gegen 13 Stimmen beschloss das Haus, die Armee beizubehalten. Walter H. Ayles, Vorsitzender des Britischen Versöhnungsbundes, eröffnete die Debatte und sagte: „Vom Volke zu verlangen, es solle glauben, dass irgendeine Art Kriegsrüstung, die man organisieren könne, ihm in Kriegszeiten Sicherheit gewähren könne, das ist ein verderblicher, grausamer Irrtum." Er sagte, er glaube überhaupt nicht an eine Armee, er glaube an völlige Abrüstung. Die Zeit sei gekommen, unsere Armee zu entlassen und zu erklären, dass wir niemals unsere Hände oder unseren Geist dazu verwenden würden, unsere Mitmenschen zu schlachten. „Es ist Zeit, dass wir Mars verleugnen und das Christentum erheben."

Die Kirchen und der Militarismus.

(Fortsetzung.)

1. **Deutsche Kirchenbehörden zum Völkerfrieden.** Auf eine Anfrage der Deutschen Friedensgesellschaft an den Preussischen Evangelischen Oberkirchenrat und den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss ging folgendes Antwortschreiben ein: „Die deutschen evangelischen Kirchen sind sich der verantwortungsvollen Aufgabe bewusst, das Evangelium von Jesus Christus als alleinige und unveränderliche Richtschnur für das sittliche Urteil und für das sittliche Handeln in der Welt zur Geltung zu bringen. Hieraus ergibt sich auch ihre Stellung zum Völkerfrieden. So wie ihn das Evangelium verkündet und vermittelt, so predigen und erbitten auch sie ihn im gemeinsamen Gebet. Sollten einzelne ihrer Glieder nach der einen oder anderen Seite hin von dieser Grundlage abweichen, so ändert dieser Umstand nichts an der grundsätzlichen Stellung der Kirche und ihrer auf Gottes Wort ruhenden Arbeit für den Frieden auf Erden."

2. **Jesuiten und Pazifismus.** Zu Anfang des Krieges schrieb P. M. Reichmann S. J. in der angesehenen Monatsschrift der Jesuiten „Stimmen der Zeit" einen Artikel, in dem er als Moralist sich zu dem Einfall der Deutschen in Belgien äusserte. Es war nicht gerade einleuchtend, was er ausführte. Er suchte nämlich den Einfall als Notwehr zu rechtfertigen. Heute wird er seine Aufstellungen gewiss nicht mehr aufrecht halten. Es fiel Anhängern der Friedensbewegung auf, dass die Jesuiten sich dieser Bewegung gegenüber zurückhielten, während man doch von diesem international organisierten Orden hätte erwarten sollen, dass er sich als Avantgarde der päpstlichen Friedensbestrebun-

gen bewährt hätte. Zur Entschuldigung für die deutschen Jesuiten kann man geltend machen, dass sie, die schon sowieso als schlechte Patrioten bei den deutschen Protestanten angeschrieben waren, beweisen wollten, dass sie es nicht waren. Ein einziger unvorsichtiger Artikel hätte auch die so lange ersehnte und endlich während des Krieges erfolgte Aufhebung der letzten Reste des Jesuitengesetzes in Frage gestellt. Heute kann man mit Genugtuung feststellen, dass die „Stimmen der Zeit" deutlich und warm für die Völkerversöhnung eintreten. Mit Freuden berichten sie über alle dahin zielenden Bestrebungen, ob sie nun von dieser oder jener Seite aus erfolgen. Mit besonderer Genugtuung wird aber die Tatsache notiert, dass die katholischen Kreise, namentlich der beiden feindlichsten Völker der Franzosen und Deutschen, sich zu nähern suchen.

Im vorigen Jahrgang hatte P. Const. Noppel, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der charitativen und sozialen Wissenschaften, einen Artikel geschrieben über Abbau des Hasses, in dem er als Teilnehmer an dem Wiener internationalen demokratischen Kongress, über den er berichtete, für eine Rückkehr zur Versöhnung warb. Nun veröffentlicht derselbe Verfasser in der Februar-Märznummer der „Stimmen" einen ausgezeichneten Aufsatz „Im Kampf um den Frieden", in dem er im Anschluss an einen Bericht über den letzten Freiburger Kongress und das Treffen der katholischen Internationale in Konstanz und der katholischen Jugend der Welt in Innsbruck seine Gedanken weiterspinnt. Er begrüsst es, dass die Katholiken, namentlich die katholische Jugend, sich so rege an der Friedensbewegung beteiligt, wie es in Freiburg geschah. Die Mitwirkung des leider so früh verstorbenen Weihbischofs von Köln, Dr. Stoffels, gab den Katholiken einen besonderen Ansporn. P. Noppel hält die Teilnahme der christlich gesinnten Menschen an den Friedensbestrebungen für wertvoll, damit durch sie, wie auf dem Kongress bereits der Professor v. Schulze-Gävernitz betonte, die religiöse Weihe in die gesamte Friedensbewegung getragen werde. In Uebereinstimmung mit Weihbischof Stoffels hält Noppel es für das beste, dass „unbeschadet der wertvollen Gemeinschaftsarbeit auf Treffen nach dem Vorbild von Freiburg die eigentliche Tiefenarbeit doch zunächst innerhalb der verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgruppen geleistet werden müsse. Darüber hinaus liegt aber ein nicht zu verkennender Fortschritt für die ganze Friedensbewegung darin, dass sie gerade durch die Gewinnung des festen Bodens des Christentums aus dem Utopischen, Unklaren, hier und dort Sektenhaften hinausgehoben wird und auf der auch von der Kirche klar erkannten Wertung des Nationalen fussend, ja aus diesem heraus die Brücken von Volk zu Volk baut." In Freiburg, wie auch in Konstanz, wo bald darauf der Kongress der Grazer Katholischen Internationale stattfand, konnte der Verfasser bei den Aussprachen ein brüderlich Verstehenwollen, ja ein inniges Freundschaftsverhältnis unter den katholischen Teilnehmern verschiedener Länder feststellen.

Noppel schliesst seine Ausführungen mit folgenden beherzigenswerten Worten: „Wir haben nicht hohe Politik zu machen, nicht Staaten zu lenken. Wohl aber sollen wir die Herzen lenken, sie aufrütteln auf Hochziele des Heiles. Und dieser Ansturm ist nicht umsonst. Schon können wir klar wertvolle Fäden erkennen, die sich selbst zwischen Völkern hinüber und herüberspinnen, die man im fluchwürdigen Aberglauben erziehen will, als wären sie Feinde von Natur und die Erde zu klein, sie beide zu tragen. Darum schreiten wir weiter mutvoll auf dem Wege des Friedens. Nicht kriechend und bettelnd wie ein winselnder Hund, sondern aufrecht und jauchzend wie ein Streiter des Lichtes."

Aber wie ist es drüben? Ergreift man die Hand, die sich entgegenstreckt? Nun, auf den genannten Tagungen waren auch die Franzosen vertreten, und unter ihnen viele Priester. Und ehe P. Noppel seinen schönen Artikel veröffentlichte, hatte in der französischen Halbmonatsschrift der Jesuiten, „Etudes", ein

Teilnehmer aus dem französischen Zweig des Jesuitenordens, Paul Doncoeur, der von der französischen katholischen Jugendbewegung aus die Sache beurteilt, zwei herzerfreuende Artikel unter der Ueberschrift „In viam pacis“ (auf dem Friedensweg) erscheinen lassen (Nr. 19 und 23). Zuletzt schildert er, wie er in Niedersachsen ungeladen sich zu einem Thing katholischer Wandervögel einfand. Er wurde mit grossen Augen angeschaut, als er seinen Namen nannte, der echt französisch klingt, aber er war bald heimisch unter den jungen Leuten, nahm teil an ihren Beratungen und hörte, dass sie nur gegen zweierlei Hass hätten, gegen den gottlosen Kapitalismus, der sie quält, und gegen den verbrecherischen Krieg, den sie um jeden Preis überwinden wollen. Wenn man dann liest, wie die jungen Deutschen dem französischen Priester das Geleit gaben zum Zug und ihm Grüsse auftrugen an die jungen Katholiken Frankreichs, dann freut man sich über den Abbau des Hasses, der im Zuge ist, und der bald vollständig den Sieg davontragen möge über kleinlichen Chauvinismus.

Ründeroth, Bez. Köln. Dr. Heinrich Weertz, Pfarrer.

(Aus der „Menschheit“.)

Die Erdrosselung der Pressfreiheit. Was man niemals für möglich gehalten hat, ist nun doch eingetroffen: Das Bundesgericht hat den Rekurs von Dr. Andreas Gadient, Sekundarlehrer in Klosters, als unbegründet abgewiesen. Damit erwächst das Urteil des bündnerischen Kantonsgerichtes, das einem mittelalterlichen Inquisitionstribunal alle Ehre gemacht hätte, in Kraft. Das nun seit drei Jahren verbotene Buch darf erst wieder verbreitet werden, wenn die eingeklagten Stellen, die sich mit der Politik der Führer der herrschenden Parteien und des geltenden Systems befassten, aus dem Buche entfernt oder doch unleserlich gemacht worden sind. Der Bücherzensor, eine Gestalt, die wir sonst eigentlich nur vom Hörensagen kannten, feiert nun in „Alt fry Rätien“ seine Auferstehung just in den Tagen, da man in Truns die fünfte Zentenarfeier des Grauen Bundes mit viel Pomp und Rauch und wortreichen Reden über die Freiheit feiert. Das dürfte denn auch viel besser als alle Worte beweisen, wie es in Wirklichkeit mit unseren Freiheitsrechten im allgemeinen und mit der Meinungsfreiheit im besonderen sowohl im Kanton als auch im Bund bestellt ist. Denn war das Urteil des Churer Gerichtes für den Kenner der Verhältnisse schliesslich nicht weiter verwunderlich, so ist dafür der Entscheid des Bundesgerichtes um so unverständlicher. Hier handelte es sich darum, eines der wichtigsten individuellen Freiheitsrechte vor der Willkür parteipolitischer Kreise zu schützen, hier musste sich das Bundesgericht als oberster Hüter der Verfassung auf die Seite des Angeklagten stellen. Es hat aber durch die schleppende Behandlung der ganzen Angelegenheit und durch den Entscheid gezeigt, dass es seine hohe Aufgabe nicht erfasst und damit das Vertrauen, das wir bisher in den obersten Gerichtshof setzten, in bedenklichem Masse erschüttert hat.

Im Zürcher Kunsthaus hängt ein Hodlerbild, das auf mich immer einen tiefen Eindruck gemacht hat, es heisst: Wahrheit. Eine unerschrockene Frauengestalt mit leuchtenden Augen verkündet den Menschen die Wahrheit. Aber diese können sie nicht ertragen, sie verhüllen ihr Angesicht oder wenden sich entsetzt und zornig von ihr weg. Das war früher und ist heute so. Wer es wagt, den Menschen und besonders den Mächtigen die Wahrheit zu sagen, wer ihnen den Spiegel vorhält, wer etwas in das Dunkel gewisser öffentlicher Verhältnisse hineinleuchtet, der wird heute so gehasst und verfolgt, wie in der Zeit des ärgsten obrigkeitlichen Absolutismus. Es bleibt ihnen und uns nur ein Trost, dass die Wahrheit trotz alledem schliesslich doch durchdringe. Und sie marschiert denn auch im Falle Gadient schon tüchtig. Das beweisen die Vorgänge, die sich bei den Bündnerischen Kraftwerken ereignet haben und die auch dem frömmsten Bürger gezeigt haben dürften, in welch beängstigen-

dem Umfang die Korruption unser öffentliches Leben ergriffen hat. Und doch ist es nur ein, wenn auch typischer und und krasser Fall. Hätte man seiner Zeit auf die warnende Stimme Gadients gehört, so hätte manches vermieden werden können, was heute als Verhängnis über Graubünden hereingebrochen ist. Diese Erkenntnis hat sich nun in weiten Volkskreisen trotz aller Vertuschungsmanöver durchgesetzt. La verité est en marche! Die Wahrheit marschiert, trotz Inquisitionsgericht und Index, trotz Bücherzensor samt dem ganzen Vertuschungsapparat. Denn sie bewegt sich doch. B. Mani.

Ein lehrreicher Rekursentscheid. (Aus Graubünden.) In der Chronik des Bündnerischen Monatsblattes für den Januar 1924 ist unter anderm folgendes zu lesen: „In einem Rekursfall hat die Regierung die Wiedereinführung der Gemeinatzung in einer Gemeinde, wenn sie nicht einstimmig erfolgt, verweigert, weil die Gemeinatzung für die Gemeinde ein Recht darstelle, für den Grundstückbesitzer aber eine öffentlich-rechtliche Grundlast bedeute, deren Wiedereinführung nach einmal erfolgter Aufhebung eine Verletzung des verfassungsrechtlich garantierten Eigentums zur Folge habe."

Eine Aeusserung zu diesem Beschluss in einer Bündner Zeitung ist mir nicht zu Gesicht gekommen. Mancher mag beim Lesen dieser Notiz gedacht haben, es handle sich da um eine juristische Angelegenheit von recht untergeordneter Bedeutung. Auch gehört die Gemeinatzung nicht zu dem, was gegenwärtig viele beschäftigt. Mir scheint aber, in der kurzen Notiz stecke viel und es wäre nicht recht, den in ihr gemeldeten Regierungsbeschluss und dessen Begründung mit Stillschweigen zu übergehen.

Die Gemeinatzung, d. h. die Einrichtung, dass während einiger Wochen im Frühling und Herbst das Vieh frei auf allen auf dem Gebiet der Gemeinde liegenden Wiesen weiden darf, ist in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den meisten Gemeinden abgeschafft worden, in einzelnen Gemeinden nicht ohne heftige Kämpfe. Man meinte damit einen grossen Fortschritt zu machen. Es wurde zu Gunsten der Abschaffung namentlich angeführt, der Ertrag der Wiesen werde viel grösser, wenn sie nicht mehr regelmässig abgeweidet würden. Trotzdem haben sich lange nicht alle mit dem neuen Zustand befreunden können. So habe ich letzthin die Aeusserung gehört, die Kleinviehzucht, deren Hebung auch von Bauernführern als eine wichtige Aufgabe bezeichnet wird, gedeihe nicht mehr recht, seit die Atzung abgeschafft worden sei; man müsse die Schafe und Ziegen seither zu lange in den Ställen behalten. Dass im Herbste jede Bauernfamilie auf das Hüten des Viehs viel Zeit verwenden muss, während so viel andere Arbeit zu tun ist, wird auch nicht allgemein als ein besonderer Fortschritt empfunden. Als ich einmal auf einer Wanderung im oberen Oberland Erwachsene und Kinder emsig auf den Kartoffeläckern schaffen und das Vieh sich frei auf den Wiesen ergehen sah, da kam es mir vor, das sei nicht nur ein schönes Herbstbild, sondern auch etwas, was sich, vom praktischen Standpunkt aus betrachtet, wohl sehen lassen dürfe. Darum haben doch da und dort in Graubünden Gemeinden die Atzung ganz oder teilweise beibehalten. An ihrer Beseitigung im grössten Teil des Landes hat übrigens der Eigennutz einen nicht unbedeutenden Anteil gehabt. Manche mochten es nicht ertragen, dass die Tiere anderer auf ihren Grundstücken weideten und suchten das durch irgendwelche Kniffe zu erschweren und unmöglich zu machen, wodurch andern die Einrichtung verleidet wurde. Dass die Grossen auf das allgemeine Weiderecht leichter verzichten konnten als die Kleinen, ist klar.

Trotz allem ist der Gedanke der Gemeinatzung nicht tot, sondern hat noch jetzt Werbekraft. Das aus jener Mitteilung zu ersehen, war eine freudige Ueberraschung. Um so unerfreulicher aber war es, gleichzeitig zu erfahren, dass eine Gemeinde, die sich auf dieses alte Volksrecht besinnt und es wieder herstellen will, gerade von der Regierung daran gehindert wird und zwar in sehr

nachdrücklicher Weise. Wie viele Bürger jener Gemeinde mit der Wiedereinführung der Atzung nicht einverstanden waren, ist in dem Bericht nicht gesagt, aber wir brauchen es auch nicht zu wissen, denn es ist ja in dem Urteil klipp und klar gesagt: „Wenn auch nur ein Einziger dagegen ist, dann wird nichts daraus." Wenn also hundert Bürger einer Gemeinde nicht irgend ein neues Recht einführen, sondern ein durch Jahrhunderte geübtes wieder herstellen wollen, so wird es ein Einzelner in der Hand haben, es nicht dazu kommen zu lassen. Dieser Einzelne wird wohl fast immer zur Stelle sein, und so ist durch diesen Rekursentscheid eine Wiedereinführung der Gemeinatzung und damit das Wiederaufleben einer Form der Gemeinwirtschaft so gut wie unmöglich gemacht. Es wäre bedauerlich, wenn ein solcher Beschluss durch allgemeines Schweigen gutgeheissen würde.

Es handelt sich dabei übrigens nicht nur um die Gemeinatzung, sondern um die viel wichtigere prinzipielle Frage, ob das Privatinteresse eines Einzenen oder Weniger so viel mehr gelten soll als der Wille einer Gemeinschaft. Es ist ja eine schöne und notwendige Sache, den Einzelnen für ihre Bestrebungen und Ziele gegenüber gewalttätigen Versuchen einer Mehrheit, sie zu unterdrücken, Schutz und Freiheit zu verschaffen. Von diesem Bestreben merkt man aber oft wenig. Wenn Einzelne neue, ungewohnte Forderungen erheben, dann wird gerne gesagt, es stehe dahinter nur eine kleine Gruppe, die nicht verlangen dürfe, dass man auf sie viel Rücksicht nehme, sondern sich selbstverständlich der Mehrheit fügen müsse. Wenn sich aber ein Einzelner für sein materielles Interesse wehrt, dann darf er auf Verständnis und Unterstützung rechnen. Es muss auch solchen, die sich für die Gemeindeatzung nicht stark interessieren oder ihre Wiedereinführung nicht für richtig halten könnten, auffallen, wie sehr in dem erwähnten Urteil, die Weigerung Einzelner, um der Gemeinschaft willen etwas von ihrem Eigentumsrecht zu opfern, geschützt und verteidigt wird. Ob ein so weitgehender Schutz des Privatinteresses juristisch unanfechtbar ist, mag dahingestellt bleiben. Man könnte dagegen einwenden, dass mancher Gemeindebeschluss eine Belastung des Einzelnen und seines Besitzes zur Folge haben kann und dass es interessant werden könnte, wenn nach und nach für alle solche Beschlüsse Einstimmigkeit verlangt würde. Sollte aber der Entscheid in den bestehenden Gesetzesbestimmungen genügend begründet sein, so ist das ein Beweis mehr, wie sehr unsere Gesetzgebung dem Schutze privater Interessen dient. Dieser Vorfall zeigt auch, wie sehr die in der Bibel ausgesprochene Wahrheit, dass das oberste Verfügungsrecht über Grund und Boden der Gemeinschaft zusteht, die dafür vom Herrn, dessen die Erde ist, bestimmte Weisungen erhalten hat, aus dem Bewusstsein verschwunden ist. So wenig aber der Privatbesitz in der Weise, wie es in Russland geschehen ist, eines Tages als nicht mehr bestehend erklärt und behandelt werden darf, so wenig darf er als unantastbares Heiligtum behandelt und durch einen undurchdringlichen Zaun gegen die Gemeinschaft abgegrenzt werden. R. R.

Bum, bum, bum, piff, paff, schnäderadeng. — Der Schweizer zieht zum Fest. Ja, das tut er jeden Sonntag und auch manchen lieben Werktag. Und daran allein könnte unser Volk zu Grunde gehen, auch wenn es sonst keine Ursachen dafür gäbe! Nicht, dass wir nicht arbeiteten, sparten, rechneten. Das tun wir alles auch. Wir haben gelernt, alles zu tun, nur alles mit Mass, das heisst, schon ein wenig über das Mass — einiges wenigstens, und zwar nicht das Gute — aber so, dass es immer geht und niemand uns Vorwürfe machen darf. Wir können schaffen, sparen, kalkulieren und doch das Volk der Sänger-, Turn- und Schützenfeste, dazu heute noch allerlei anderer Feste, sein. Nur ein wenig still sein können wir nicht und wollen wir nicht. Geknallt, geschwungen und ge—sungen muss sein. Und es ist ja immer ein Wirt oder einer, der Kantonsrat werden will, da, um für einen Anlass zu sorgen.

Eine andere Frage ist, wo bei all diesen Pauken und Trommeln und Juheen noch jener Ernst, jene Sammlung, jene Stille herkommen soll, ohne die keine Einzelseele und keine Volksseele Tiefe und Spannkraft, Selbsterkenntnis, Freiheitstrotz, Gotteserkenntnis und Gottesgehorsam findet. All dieser getrommelte, gepaukte, geknallte, gesungene, gebrüllte Fest- und Vereinsidealismus verbraucht, was etwa an wirklichem Idealismus in unserem Volke lebt. Und er ist so tief unwahr, dieser Festidealismus, ein blauer Lügendunst über unserem Volke. Es gibt keine Besserung, bis er vertrieben ist. Auch keine wahre Freude! Denn das alles ist ja nur Betäubung, nicht Freude.

Sogar die Feier eines ehrwürdigen geschichtlichen Ereignisses entartet nach und nach fast regelmässig zu Reklame, Hotelierspekulation und höherem Spektakel.

Der Gipfel davon soll aber das Schützenfest in Aarau werden. Davon ein andermal!

„Auferstehung" im Kirchgemeindeblatt. Unter dem Titel „Auferstehung" ist am 7. April, also vor der Konfirmation, in den Kirchgemeindeblättern der Stadt Zürich ein Artikel erschienen, der auf die beiden Männer Mahatma Gandhi und Henri Ford hinweist. Gandhi wird darin als Führer des indischen Volkes und Vertreter der Gewaltlosigkeit geschildert, Ford als der Amerikaner, der nicht durch „Verdienen", sondern durch „Dienen" zu seinem Vermögen gekommen sei. Auf ihn wird das Wort angewendet: „Wer der Grösste unter euch sein will, der sei euer Diener."

Der Schlussabschnitt des Artikels lautet: Auf der Osthälfte der Erde hat ein Mann sein 300 Millionen-Volk für die Sanftmut Jesu gewonnen, und auf der Westhälfte hat ein Mann mit Jesu Grundsatz des Dienens einen noch kaum dagewesenen Industrieerfolg erreicht. Grundverschieden voneinander, jeder in seiner und seines Volkes Weise, haben sie Jesu Verkündigung ausprobiert und haben es uns Kleingläubigen bewiesen, dass diese Verkündigung die Rettung ist."

Auch wir verfolgen mit Staunen, was von Gandhi für sein Volk und für uns ausgeht. Auch uns klingt die Kunde von seinem Werk als frohe Botschaft in die Nebel, die uns umgeben. Aber wir halten es als eine Entwürdigung dieses Mannes, wenn neben ihn ein Henri Ford gestellt wird. Und wir halten es für mehr als Entwürdigung, wenn er als Zeuge der Auferstehung dienen soll.

Ueber Henri Ford und sein Werk möchten wir uns in diesen Zeilen nicht auslassen. Gewiss sind von seinem Buche viele Anregungen ausgegangen, gewiss werden seine Grundsätze von vielen Industriellen abgelehnt, aber wir lassen uns nicht weismachen, dass man in der heutigen Welt durch christliches Dienen Milliardär werden kann. Auch Ford musste über das Glück und die Gesundheit unzähliger Menschen wegschreiten, um zu seinem Gelde zu kommen. Auch bei ihm wird der Mensch nicht zum Menschen, sondern zu einem Teil der Maschine. Die Maschine ist Herrin, nicht die Seele.

Es offenbart eine ungeheure Blindheit, wenn man an diese Rettung aus der Wirrnis glaubt, und es ist unverantwortlich, jungen Menschen ein solches Ziel des Dienens mit auf den Lebensweg zu geben. Es vermischt sich in ihrer Vorstellung Gott und Mammon, statt dass sie erkennen lernten, dass es nur ein Entweder-oder gibt.

Noch einmal, wir wenden uns nicht gegen das Buch von Ford, das in anderm Zusammenhange manches zu sagen hat, aber wir empfinden es als Hohn, wenn dieser Mann Gandhi gleichgestellt und sein Werk als Auferstehungsbotschaft gepriesen wird. H. Marti.

Les Journées sociales de Vaumarcus.[1]) Elles furent inoubliablement belles, ces journées! Et tous ceux qui, en Suisse romande, ont à cœur de voir les milieux religieux se préoccuper enfin du malaise social et de ses causes, sont reconnaissants au Département social de l'Union chrétienne et de la Croix Bleue d'avoir organisé cette rencontre.

Donc, du 23 au 25 mai, se sont réunis sur le colline de Vaumarcus — inondée, hélas! — une cohorte de chercheurs, agriculteurs, ouvriers, intellectuels. Les socialistes chrétiens formaient une petite minorité, très vivante. On n'avait pas craint de confier l'introduction de plusieurs entretiens à des nôtres. Plus qu'aucun autre orateur peut être, Pierre Reymond fut celui qu'on écoute et dont on attend le mot d'ordre. M. Léonce Duprat, professeur de sociologie à Genève, fit comme lui le procès du régime actuel et préconisa des transformations profondes de la vie économique, telles que par excemple les Anglais les réalisent par les „Guildes".

Notre ami Gloor et le pasteur Hécler, de Genève, communiquèrent les résultats d'une enquête faite par le premier sur **„l'Utilisation des loisirs ouvriers"**, par le second sur **la Condition des Ouvriers de Campagne**. Ces deux exposés ont vivement intéressé l'assemblée et lui ont fait entrevoir quelques-unes des réalisations pratiques auxquelles les chrétiens devraient se donner corps et âme.

M. Georges Thélin parla de l'œuvre magnifique commencé par le Bureau International du Travail, des mesures de protection qu'il a déjà fait accepter, de la documentation sûre qu'il met à la disposition des chercheurs.

A coté de ces fortes études, des heures de méditations et de recueillement: Plus d'un, parmi les auditeurs, étaient de ceux qui, sans avoir perdu leurs convictions ou du moins leurs aspirations religieuses, ne vont jamais — et pour de bonnes raisons — à l'Eglise. Pour ceux là, les paroles émouvantes des pasteurs Vittoz, Loriol, Pettavel, l'appel vibrant de Bourquin, furent une révélation et pour tous, croyons-nous, ils furent l'occasion d'un véritable réveil de la conscience.

Il faudrait parler aussi des entretiens familiers, des conversations personnelles, des amitiés nouées ou renouvellées. Il suffit de dire qu'un esprit de franchise et de compréhension régna constamment et que chacun quitta Vaumarcus avec quelques préjugés de moins et un plus grand désir de consacrer sa vie à servir Dieu et les frères.

H. MONASTIER.

Von Büchern

Ein Buch von deutscher Politik.

Dass das Gutachten der Experten ungefähr die beste Lösung darstellt, die die Reparationsfrage unter den gegenwärtigen Umständen finden kann, bleibt wohl richtig. Aber freilich muss der Vorbehalt unterstrichen werden: „unter den gegenwärtigen Umständen". Denn an sich könnte man sich nicht bloss eine bessere Lösung denken, sondern hätten wir andern sie auch herzlich gewünscht. Das Expertengutachten geht von den Kreisen der Grossfinanz aus und ist aus deren Denkweise entsprungen, nur, zum Unterschied gegen andere Versuche, aus einer von diesem Standpunkte aus vernünftigen und klugen, ja weisen Gesinnung. Es ist natürlich nicht zu verkennen, dass damit Gefahren verbunden sind. Vor allem muss man hoffen und erwarten, dass die deutsche Arbeiterschaft sich für eine Verteilung der Lasten zu wehren wisse, die die

[1]) Wir wollen ausnahmsweise, im Lande der vier Sprachen, diesen kurzen Bericht französisch bringen. D. Red.

wird, entschlossen und vollständig abwenden — zur Erneuerung der Schweiz. Weg damit, es ist Frevel oder Schwindel oder beides! Weg damit — zur Rettung der Schweiz!

22. Juli 1924. L. Ragaz.

Kant-Worte.

So wie allseitige Gewalttätigkeit und daraus entspringende Not endlich ein Volk zur Entschliessung bringen müsste, sich dem Zwange, den ihm die Vernunft selbst als Mittel vorschreibt, nämlich dem öffentlichen Gesetze, zu unterwerfen und in eine staatsbürgerliche Verfassung zu treten, so muss auch die Not aus den beständigen Kriegen, in welchen wiederum Staaten einander zu schmälern oder zu unterziehen suchen, sie zuletzt dahin bringen, selbst wider Willen entweder in eine weltbürgerliche Verfassung zu treten; oder ist ein solcher Zustand eines allgemeinen Friedens (wie es mit übergrossen Staaten wohl auch mehrmalen gegangen ist) auf einer andern Seite der Freiheit noch gefährlicher, indem er den schrecklichsten Despotismus herbeiführt, so müsste diese Not doch zu einem Zustande zwingen, der zwar kein weltbürgerliches gemeines Wesen unter einem Oberhaupte, aber doch ein rechtlicher Zustand der Föderation nach einem gemeinschaftlich verabredeten Völkerrecht ist.

Redaktionelle Bemerkungen.

Dieses Heft erscheint, ohne Schuld der Redaktion, eine Woche später, als geplant. Dadurch erfahren zum Leidwesen einige Beiträge eine gewisse Beeinträchtigung in der Aktualität. Aber da sie doch wieder prinzipieller Natur sind, so sollen sie dennoch erscheinen. Der Leser wird ja schon das Unwesentliche vom Wesentlichen scheiden.

Das nächste Heft soll, wenn möglich, in der ersten Hälfte des September herauskommen.

Druckfehler.

Allgemeine Bemerkungen: Ich bin ein schlechter Korrektor meiner eigenen Sachen; denn ich lese, was ich geschrieben habe, nicht, was gesetzt ist. Dazu verursacht meine schlechte Handschrift so viele Fehler, dass nach möglichst sorgfältiger Korrektur immer noch welche übrig bleiben. Ich bitte also die Leser, solche, wo sie ihnen auffallen, von sich aus freundlich zu berichtigen.

Im letzten Hefte wirkten folgende störend: S. 269, Z. 3 von unten, lies: „die reaktionäre Welle“ statt: „der reaktionäre Wille“. S. 275, Z. 20 von oben, lies: „Reaktion“ statt: „Revolution“. S. 278, Z. 15 von oben, lies: „Unitarier“ statt: „Unitaner“. S. 286, Z. 25 von oben, lies: „Florens“ statt: „Florius“.